

Antrag vom 11.06.2021	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion,
Betreff Werbepost nur auf Wunsch Briefkastenwerbung ausschließlich dort, wo sie erwünscht ist

In Stuttgart sollen nur diejenigen Werbung bekommen, die diese erhalten möchten. Denn einer Studie der Uni Gießen zufolge landen jedes Jahr ca. 1,2 Mio. Tonnen Papier- und Plastikmüll in deutschen Briefkästen. Diese müssen nicht nur kommunal entsorgt werden, sondern vermüllen viele Eingangsbereiche und Fußgängerzonen. Wirtschaftlich profitieren davon vorrangig die großen Einzelhandelsketten.

Oft werden sie nicht einmal gelesen. Trotzdem müssen für die mehr als 28 Mrd. Werbeprospekte jährlich Bäume gefällt und Wassermengen aufgewendet werden, der Klimawandel wird angeheizt.

Der Ressourcenrechner des Bündnisses gegen Werbeflut gibt für eine Stadt der Größe Stuttgart aus: Für die Produktion von Briefkastenwerbung werden jährlich 850 Mio. Liter Wasser verbraucht und 35.000 Tonnen CO2 freigesetzt.

Das Bündnis „Städte gegen Werbeflut“ setzt sich gegen den auf diese Weise ausgelösten Ressourcenverbrauch und die Klimabelastung ein. Kommunen, Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die Teil des Bündnisses sind, fordern per Grundsatzbeschluss eine bundesweit gesetzliche Regelung für nichtadressierte Briefkastenwerbung: das Opt-In-Modell. Statt „Werbung nein danke“ künftig also „Werbung ja bitte“.

Daher beantragen wir:

Die Stadt Stuttgart erklärt ihren Beitritt zum Bündnis „Städte gegen Werbeflut“ und beschließt folgende Grundsätze:

1. Die Stadt Stuttgart befürwortet die Einführung eines Opt-in-Systems für Werbepost und signalisiert ihre eindeutige Bereitschaft gegenüber dem Land Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland, die Opt-in-Lösung lokal umzusetzen.
2. Die Stadt Stuttgart setzt sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für die Grundsätze des Städtebündnisses ein. Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für eine deutschlandweite Umsetzung der Opt-in-Lösung für Werbepost zu schaffen.
3. Die Stadt Stuttgart veröffentlicht alle Handlungen, die sie im Zuge der Initiative „Opt-in“ unternimmt.

Marcel Roth

Gabriele Nuber-Schöllhammer